

Dill-Beitrag

Zeitung für das Dilltal

Dillenburg Tageblatt

Amliches Kreisblatt für den Dillkreis

Ausgabe täglich nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: vierteljährlich ohne Bringerlohn M. 3.00

Bestellungen nehmen entgegen die Geschäftsstelle, die Zeitungsstellen und die Landbriefträger, sowie sämtliche Postanstalten.

Druck und Verlag der Buchdruckerei E. Weidenbach in Dillenburg

Anzeigenpreise: Die 6 gespaltene Zeile 20 Pfennig, Reklamenzettel (3 gespaltene) 50 Pfennig. Bei Wiederholungs- Aufnahmen entsprechender Rabatt oder günstige Zeilen-Abstände. Offertenzettel oder Anzeigen durch die Geschäftsstelle 25 Pf.

Geschäftsstelle und Schriftleitung Schulstraße 1. — Fernruf Nr. 24. — Postfachkonto 8563 Frankfurt a. M. — Bankkonten: Landesbankstelle Dillenburg und L. Weisser, Depostkassette, Dillenburg.

Nr. 283

Diensstag, den 3. Dezember 1918

78. Jahrgang

Auf dem Wege zur staatlichen Ordnung.

Eine Programmrede Eberts.

Berlin, 1. Dez. (W.B.) Im großen Saale des Rheinhofs fand heute mittig eine von der Berliner sozialdemokratischen Parteivereinigung veranstaltete Kundgebung für die Sozialdemokratie statt, in der Ebert u. a. folgendes ausführte:

Die große deutsche Revolution wird keine neue Diktatur, keine Anarchie über Deutschland bringen, sondern die deutsche Freiheit fest begründen. Politische Freiheit ist Demokratie auf der festen Grundlage der Verfassung und des Rechts. Diese Demokratie unerschütterlich zu festigen, ist die Aufgabe der Nationalversammlung. Die junge deutsche Republik soll auf Recht und Vernunft aufgebaut sein. Für die Sozialdemokratie ist der Weg hierzu klar vorgezeichnet durch das Erfurter Programm der Partei, für dessen Grundzüge die deutsche Sozialdemokratie 50 Jahre lang gekämpft hat. Die konstituierende Versammlung wird die deutsche Nation, die jetzt auseinanderzufallen droht, wieder fest zusammenschließen. Keine Macht der Welt ist stark genug, die auf der Einheit des deutschen Wirtschaftslebens beruhende politische Einheit der deutschen Stämme dauernd zu entzweien oder die Stämme gegeneinander auszuspielen. Für die Arbeiterschaft wäre nichts verhängnisvoller als der Rückfall in mittelalterliche Kleinrenterei mit ihrer wirtschaftlichen Rückständigkeit und politischen Kränklichkeit. Nicht Separatismus, sondern eine einheitliche Zusammenfassung aller schaffenden Kräfte des ganzen deutschen Volkes zu tatkräftiger Arbeit ist das Gebot der Stunde. Hier liegt die grundlegende Aufgabe der Nationalversammlung, von der wir den endgültigen Frieden erwarten. Nur lähe, leidenschaftliche Hingabe und eiserne Energie können das Zerstückeln wieder aufheben. Die Ueberzeugung und Notwendigkeit gebieten uns, das im weitesten Sinne zu tun. In grundsätzlicher demokratischer Geist wollen wir Gebiete des Wirtschaftslebens vergesellschaften, die dazu reif sind. Der Sozialismus ist nicht Selbstzweck, sondern nur ein Mittel, Freiheit, Glück und Wohlstand des Volkes zu erhöhen. Nur da, wo die sozialistische Wirtschaftsweise höhere Erträge bringt, dem Volk weniger Arbeitslast auferlegt und neue Möglichkeiten des Verbrauchs eröffnet, ist der Sozialismus am Platz und kann sich behaupten. Sozialistische Experimente in einzelnen Betrieben können nur zum Schaden der Arbeiter und zur Diskreditierung des Sozialismus ausschlagen. Um die sozialen Erfolge der Revolution brauchen die Arbeiter nicht besorgt zu sein. Der Kapitalprofit wird scharf eingeschränkt werden. Möglichste volle Befreiung des Arbeitslohnens ist erstrebenswert. Die Kriegsgewinne müssen reiflos eingezogen, die Erbschaftsteuer verschärft und das Erbrecht der Republik geschaffen werden. Soll die Revolution und ihr Sieg gesichert werden, dann muß jede politische Quisquillade auf entscheidende bekämpft werden. Mögen die deutschen Arbeiter nach Ausland sehen und sich warnen lassen. Das hochentwickelteste deutsche Wirtschaftsleben kann auf die Dauer nicht mit Maschinengeheimnissen und Protzungen verhalten werden. Wir wollen ein besseres, innerlich gesundes Werk schaffen, das eine geordnete Entwicklung der Wirtschaft und ein kräftiges Volksleben ermöglicht. Freiheit in Wort und Schrift, gleiches Recht für alle, das sind und bleiben unsere Grundzüge. Befreiung jeder Unterdrückung und Ausbeutung bleibt unumkehrbar unser Ziel. Was uns für die Zukunft vor Augen steht, ist ein freies, gesundes Volk, das keine Schamhaare und kein Elend mehr kennt. Wer dasselbe will, kämpfe mit uns gegen die Gewaltverhältnisse, von woher sie auch kommen, für Freiheit, Demokratie und Sozialismus, für volle Befreiung des ganzen Menschengeschlechts.

Der zweite Referent, Otto Braun, bekannte sich zum Ausbau und zur Festigung der sozialen Politik auf demokratischer Grundlage und zu einer entschiedenen Kampfsache gegen bolschewistische Methoden:

„Im Auftrage der preussischen Regierung werde ein Gesetzentwurf ausgearbeitet, der dem Staat das Vorkaufsrecht an Grundstücken sichert. Die aus den Städten in die Landwirtschaft eingetretene Arbeiter sollen so bald wie möglich entlassen und die zurückkehrenden Landarbeiter zu den neuen Verhältnissen entsprechenden Bedingungen wieder eingestellt werden. Die Ost- und Westländer, denen es in Deutschland über zwei Millionen Hektar gebe, sollten in Kulturänderung umgearbeitet und soweit wie möglich schon für die nächste Ernte nutzbar gemacht werden. Die landwirtschaftliche Produktion müsse auf die höchste Stufe gebracht werden.“

Schließlich gelangte eine Resolution einstimmig zur Annahme, wonach der Beschluß der Reichsregierung die Wahl zur Nationalversammlung schon im Februar stattfinden zu lassen, einstimmig begrüßt wird. Die Ertragserwartungen der Revolution können nur gesichert werden, wenn die Freiheit und Gleichberechtigung aller Volksgenossen auf dem Boden der Demokratie und des Sozialismus gewährleistet wird. Die Versammlung erklärt sich bereit, die Regierung in ihrem Kampfe, allen Widerständen und Hindernissen zum Trotz, mit aller Energie zu unterstützen. Aus diesem Grunde wird der Anschluß aller Männer und Frauen an die Organisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands als erstes Gebot der Stunde bezeichnet.

Eine Rede Scheidemanns.

Berlin, 2. Dez. In einer Versammlung von etwa 4000 Unteroffizieren aus allen Teilen des Reiches ergriff vorgestern der Volksbeauftragte Scheidemann das Wort. Er gab einen kurzen Ueberblick über die politische Lage. Was die Schuld am Kriege betreffe, so könne er nur sagen, daß die Grundursache nicht bei einzelnen Personen, sondern am kapitalistischen System liege. Daher müsse man auch gegen die Münchener Enthaltungen Stellung nehmen. Um richtig urteilen zu können, müsse man alle Archive, auch die in den anderen Ländern, öffnen. Von Anfang an habe sich die Sozialdemokratie darum bemüht, den Krieg so schnell wie möglich zu beenden. Aber leider seien alle Anstrengungen vergeblich gewesen, die Monarchie ist nun in Deutschland für alle Zeiten erledigt; damit haben sich auch die Besten des Heeres abgefunden. Marschall Hindenburg, vor dem das ganze Volk nur die größte Ehrfurcht haben kann (Beifall), habe erklärt, er stelle sich hinter die neue Regierung. Das einzige, was uns möglichst schnell aus dem gegenwärtigen Elend herausbringen könne, sei die Nationalversammlung. Sonst würden wir zu den schlimmsten Zuständen, zu Anarchie und Bolschewismus gelangen. Solche Zustände wollen wir nicht haben. (Stürmischer Beifall.) Damit stehen und fallen wir! Die einzige Parole muß sein: Alles für das Volk und alles durch das Volk! — Scheidemann erteilte am Schluß seine Rede minutenlangen, stürmischen Beifall.

Die Soldatenräte des Feldheeres zur Lage.

Emd, 1. Dez. Zu dem heute hier stattfindenden Vertretertag der Soldatenräte des Feldheeres sind annähernd 300 Vertreter, darunter eine Anzahl Offiziere, erschienen. Die Redner stellten sich auf den Boden der Regierung Ebert-Haase. Nachdrücklich trafen der Volksbeauftragte Barth von der Regierung und das Mitglied des Berliner Volksrates Wollenbuhr ein. Es wurden zwei Entschlüsse angenommen. In einer heißt es: „Wir Vertrauensleute des deutschen Feldheeres geloben vor unserem Gewissen, wir wollen als unser Bestes daransetzen, daß jeder einzelne unserer Kameraden erkennt, worum es sich in diesen Tagen der Entscheidung handelt. Daß nur durch Ordnung der Weg zur Freiheit geht, daß Frieden nur werden kann, wenn jeder einzelne mit allen Mitteln das Mögliche tut, um nicht nur sein eigenes Recht zu wahren, sondern auch die Wahrung vor dem Rechte der andern zu sichern, wenn es sein muß unter Einsetzung des eigenen Lebens.“ In der zweiten Entschlußfassung heißt es: „Die vorläufige Regierung Ebert-Haase hat die Pflicht, mit allen Mitteln die schneidende Verletzung der Verfassunggebenden Versammlung auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für Männer und Frauen zu betreiben und den Friedensschluß zu sichern. Wir, die wir noch unter den Waffen stehen, haben ein Recht, mit zu bestimmen. Wir müssen fordern, daß uns die Möglichkeit gewährleistet wird, dieses Recht ungehindert auszuüben. Die Regierung verpflichtet uns, daß wir ihr vertrauen können. Sie wird sich ihrer ungeheuren Verantwortung bewußt bleiben, wird an der Spitze des Reichs nicht Parteigänger treiben, wird uns nicht der allgemeinen Auslösung verfallen lassen, sondern im Dienste aller den wahren deutschen Freistaat schaffen helfen. Dann sind wir bereit, ihr zu dienen, wie die Stunde es fordert.“

Die Fronttruppen für die Nationalversammlung.

Berlin, 2. Dez. Von den Soldatenräten der zurückkehrenden Fronttruppen sind der Reichsregierung in den letzten Tagen viele Hunderte von Telegrammen zugegangen, die alle dem Rat der Volksbeauftragten ihr Vertrauen aussprechen, sein Programm billigen und ihm ihre Unterstützung zusichern. Von Westen und Osten, von den Soldatenräten der Armeen, der Armeekorps und Divisionen bis zu denen einzelner Kompanien und anderer kleineren Formationen spricht aus all den Kundgebungen ein einheitlicher Wille zum gemeinsamen Aufbau. Die Forderung nach der Nationalversammlung und der Einspruch gegen Entzerrungen der stetigen Entlohnung kehren immer wieder.

Die Organisation des Berliner Volksrates.

Berlin, 30. Nov. (Z.N.) Der Volksrat beschloß gestern die Errichtung von vier Abteilungen. Die erste Abteilung soll sich mit der Reichspolitik befassen. Sie setzt sich zusammen aus acht preussischen Mitgliedern der Dsj und Westfront und der Marine. Die zweite Abteilung behandelt die preussischen Angelegenheiten und setzt sich aus 9 Mitgliedern des Volksrates zusammen. Die dritte Abteilung, gebildet aus 7 Mitgliedern, wird sich ausschließlich mit Groß-Berliner Angelegenheiten befassen. Die vierte, bestehend aus 4 Mitgliedern, behandelt die internen Angelegenheiten des Volksrates. Diese vier Abteilungen arbeiten selbständig, müssen jedoch besonders wichtige Fragen dem Plenum vorlegen.

Verhinderung Montenegrinos mit Serbien.

Prag, 1. Dez. Die große montenegrinische Stupskina beschloß einstimmig, König Nikolaus und sein Haus abzusehen und Montenegrino unter König Peter mit Serbien zu vereinigen.

Die Besetzung des linken Rheinufers.

Köln, 1. Dez. (W.B.) Das Gouvernement teilt mit: Die letzten deutschen Truppen werden am 4. Dez. 8 Uhr vormittags, den Rhein überschritten haben. Alle Militärpersonen, die nicht ordnungsmäßig entlassen sind und sich nach dieser Zeit auf dem linken Rheinufer aufhalten, laufen Gefahr, interniert zu werden.

Düsseldorf, 1. Dez. (W.B.) Der beschleunigte Rückzug aus dem linken Rheingebiet bei Düsseldorf wurde trotz aller Schwierigkeiten in der Nacht zum 30. November beendet. Gegen 5 Uhr überschritten die drei letzten Divisionen die Rheinbrücke; auch alles Material war herübergeschafft. Die feindliche Besetzung wird für heute erwartet.

Köln, 2. Dez. (Z.N.) Am Sonntag nachmittag ist Köln von zwei Regimentern belgischer Kavallerie besetzt worden, die mit Hörnerklang bis vor das Rathaus zogen und dort Aufstellung nahmen. Es wurde sofort die belgische Bekleidung eingeführt, die eine Stunde früher ist als die deutsche, und ferner bestimmt, daß alle Lokale um 8 Uhr abends geschlossen sein müssen. Nach dieser Zeit darf sich niemand auf der Straße sehen lassen. Einem Mitglied des Soldatenrates, das vom belgischen Kommandanten empfangen werden wollte, ließ der Kommandant erklären, daß der Soldatenrat abgesetzt sei, und daß fortan in Köln nur noch der Oberbürgermeister anerkannt werde. Die Zeitungen dürfen drei Tage nicht erscheinen. Sie werden dann einer strengen Präzensur unterworfen. Jeder Artikel an den Maßnahmen der Entente wird verboten und die politische Haltung der Zeitungen streng überwacht.

Berlin, 2. Dez. (Z.N.) In Saarbrücken erklärten französische Offiziere, daß das Saarebier und Eisack-Portbringen französisch seien und bleiben, und daß von einer Volksabstimmung keine Rede sein könne. Sie stellten hinzu, daß, wenn das übrige Rheinland sich für Frankreich entscheide, Frankreich alles tun werde, um seinen gerechten Wünschen Vorkommnisse zu beschaffen. — Es wird mitgeteilt, daß höhere französische Offiziere, die sich mit im Elsaß-Portbringen aufhalten, an die Pfalz und an Rhein-Heffen die Anfrage haben stellen lassen, ob sie nicht gewillt seien, sich unter französische Herrschaft zu stellen. Eine Antwort ist selbstverständlich auf diese Anfrage nicht erteilt worden.

Basel, 2. Dez. (Z.N.) Die Gemeindeverwaltung von Balingen (Baden), das ganz von Schaffhausischem Gebiet umgrenzt ist, beschloß einstimmig, den Anschluß an den Schweizer Kanton Schaffhausen zu erwirken.

Die deutsche demokratische Partei.

Berlin, 1. Dez. Die erste große Kundgebung, mit der heute die Deutsche Demokratische Partei im Zirkus Busch vor einer breiteren Öffentlichkeit trat, hatte die Berliner Bevölkerung in Massen aufgezogen. Tausende von Männern und Frauen füllten lange schon vor Beginn der Versammlung das weite Rund des gewaltigen Stuppelbaues, und so groß war der Andrang, daß auch eine in der Nähe abgehaltene Parallelversammlung die Massen nicht alle zu fassen vermochte. Es sprachen Handelsminister Fischbeck, Professor Alfred Weber, der für den Völkerverbund eintrat, Elise Lüders, die Vorkämpferin der bürgerlichen Frauenbewegung, sowie der Vorsitzende der deutschen Gewerkschaften, Hartmann, der sich scharf gegen den Terrorismus von Links wandte. Unterstaatssekretär v. Gerlach begrüßte den Zusammenschluß aller wahrhaftigen Demokraten in der neuen Partei und forderte enges Zusammengehen mit der Sozialdemokratie.

Die Spartakusgruppe.

Berlin, 2. Dez. Ebenso wie die Sozialdemokraten und die deutsche demokratische Partei hielt auch der Spartakusbund gestern eine Reihe von Versammlungen ab, die zum Teil einen lärmenden Verlauf nahmen. Karl Liebknecht fand mit seinen Ausführungen starken Beifall, zum Teil aber auch lebhaften Widerspruch. Er wandte sich gegen die Einberufung der Nationalversammlung und gegen die Sozialisierung des Reiches. Was werde denn eine solche Nationalversammlung anders sein als die Fortsetzung der Reichswehrverbände (sic!). Auf die Soldaten sei gar kein Verlaß. Die meisten von ihnen machten die Revolution eben mit und warteten bessere Zeiten ab. — Rosa Luxemburg stellte fest, daß sogar die Unabhängigen nichts mehr mit der Spartakusgruppe gemein hätten und forderte dazu auf, die Waffen zu ergreifen gegen die jetzige Regierung. Die Ziele der Spartakusgruppe seien Vernichtung des Kapitalismus, Nichtigkeitsklärung sämtlicher Kriegsanleihegeschulden, Sozialisierung der Gesellschaft, Konfiskation sämtlicher Lebensmittel zum Zwecke der Verteilung, Heranziehung der alten Regierung zur Rechenschaft über die bisher verfolgte Politik. Als weitere Redner und Rednerinnen sah gegen Rosa Luxemburg wandten, wurden sie niedergeschrien.

Die Sicherheit Berlins.

Berlin, 1. Dez. Die „Tägl. Rundsch.“ weist auf die Gefahr hin, die der Sicherheit Berlins und seiner Einwohner vor den Spartakusleuten drohe, in deren Händen zahlreiche Waffen sein sollen und wirft die Frage

auf, was demgegenüber zum Schutze der Berliner geschähe. Die bisherigen Maßnahmen der Regierung hält das Blatt für unzulänglich; wenn die Regierung Berlin nicht durch eine ausreichende Truppenmacht schützen wolle oder könne, dann müsse dem Volke das Recht gegeben werden, sich selbst zu schützen und in jedem Haus einen Wachdienst einzurichten.

Vom Wahlrecht zur Nationalversammlung.

Berlin, 2. Dez. (W.A.) Das Wahlrecht ist durch die Verordnung vom 12. November 1918 ausgedehnt worden auf die Frauen, auf die 20- bis 25-jährigen und auf die Soldaten. Während bei den Reichstagswahlen von 1912 14,4 Millionen Wahlberechtigte waren und von diesen sich 12,3 Millionen gleich 85 v. H. an den Wahlen beteiligten haben, werden infolge der Ausdehnung des Wahlrechts bei den Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung schätzungsweise 39 bis 40 Millionen, darunter etwa 21 Millionen Frauen, wahlberechtigt sein. — Die Wahlkreiseinteilung und die Zahl der Abgeordneten beruht auf dem Grundsatz, daß auf durchschnittlich 150 000 Einwohner nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 ein Abgeordneter entfällt. — Die 433 Abgeordneten verteilen sich wie folgt: Ostpreußen 14, Westpreußen 11, Berlin 14, die Reichstagswahlkreise Potsdam 1—9: 10, Wahlkreis Potsdam 10: 9, Regierungsbezirk Frankfurt a. O. 8, Pommern 11, Posen 14, Regierungsbezirk Breslau 12, Oppeln 15, Posen 8, Magdeburg mit Anhalt 11, Merseburg 9, Schleswig-Holstein mit dem Fürstentum Lübeck 11, Kurh. Ostpreußen mit Oldenburg 7, Hannover, Hildesheim, Braunschweig 16, Münster, Minden, Kreis Schaumburg und beide Wippe 13, Arnberg 15, Hesse-Rassau, Kreis Weimar, Waldeck 13, Köln, Aachen 13, Koblenz, Trier, Birkenfeld 12, Düsseldorf 1—5: 12, Düsseldorf 6—12: 11, Oberbayern und Schwaben 15, Niederbayern und Oberpfalz 9, Ober-, Mittel- und Unterfranken 15, Pfalz 6, die sächsischen Reichstagswahlkreise 1—9: 12, die sächsischen Kreise 10—14: 8 und die Kreise 15—23: 12, Kadastreis und Jartzkreis 9, Schwarzwaldfreis, Donaureis und Sigmaringen 8, Baden 14, Hessen 9, beide Rheinlande und Lüneburg 6, die Thüringischen Staaten und Regierungsbezirk Erfurt 14, Hamburg, Bremen und Stade 12, Ostf.-Vorbringen 12.

Kein Brot ohne Nationalversammlung.

Aus dem Haag, 1. Dez. Die „Times“ erfährt aus Rotterdam, daß die Regierung die ehemalige Handelsflotte gemietet habe, um Nahrungsmittel nach Deutschland zu überbringen. Die Versorgung mit Lebensmitteln werde aber, wie Vaning in Senat mitgeteilt habe, erst dann stattfinden, wenn in Deutschland die Wahlen für die Nationalversammlung vorgenommen worden wären. Zürich, 2. Dez. Wie die schweizerischen Blätter melden, ist nach allen vorliegenden Berichten aus den neutralen Staaten eine Anerkennung der jetzigen deutschen Republik ausgeschlossen, bevor keine Volksabstimmung über die neue Staatsform vorliegt. Die Morgenzeitung meldet aus Paris: Im Heeresauschuss vertrat Clemenceau am Freitag, wie ihn kenne, wisse, daß er mit Anarchie und Bolschewismus nicht verhandelt. General Koch habe alle Vorkämpfer in Deutschland, soweit es besetzt werde, gefesselt. Schwärze wieder einzuführen!

Koch für die Fortsetzung des Krieges.

Wie bereits wiederholt in diesem Blatte mitgeteilt, besteht kaum noch ein Zweifel, daß Marshall Koch alles daran gelegen ist, einen Vorwand zu finden, um den Waffenstillstand zu kündigen, den Krieg fortzusetzen und so die Lage der ganzlichen Wehrlosigkeit Deutschlands in der Hand der französischen Nach- und Eroberungspolitik auszubehalten. Das ganze Auftreten Kochs berechtigt zu der Annahme, daß er den Krieg fortsetzen will. Man tut gut, mit einer solchen Möglichkeit zu rechnen.

Die Waffenstillstandskommission.

Berlin, 1. Dez. (W.A.) Die Waffenstillstandskommission in Spaa befaßt sich in ihrer gestrigen Sitzung mit der Frage der Internierung der Armee Radenski, über welche

weitere Verhandlungen geführt werden. Nach dem deutschen Waffenstillstandsabkommen darf die Armee Radenski nicht interniert werden, sondern muß sich unterzählig hinter die deutsche Grenze zurückziehen. — Drei Infanterieregimenter der Heeresgruppe Radenski sind in Oberberg eingetroffen.

Der Waffenstillstand zur See.

Berlin, 1. Dez. (W.A.) Die Abgabe von deutschen Kriegsschiffen zur Internierung ist beendet bis auf das Linien-SS „König“, den Minenkreuzer „Dresden“ und ein Torpedoboot; sie werden Anfang Dezember nach England übergeführt. Die letzte (sechste) U-Bootstaffel ist am 29. November von Helgoland aus in See gegangen. Es sind damit im ganzen 122 U-Boote abgeliefert worden. In der Ostsee sind die Räumarbeiten an den Minen- und Netzperren im Gange. — Ueber den Aufenthalt der deutschen Kriegsschiffe in England ist noch nichts Näheres bekannt. Nach den letzten Meldungen standen sie vor dem Firth of Forth. Ueber die Minenjäger in der Nordsee schweben mit den Engländern zurzeit noch Verhandlungen. Die in Sebastopol liegenden russischen und deutschen Schiffe sind an die Alliierten übergeben worden. — Nach der „Daily Mail“ ist die Abreise des Admirals Browning mit einem Marine-Ausflug der Verbündeten auf einem englischen Geschwader nach Kiel, wo sie die Wache der deutschen Flotte überwachen sollen, wegen der Minegefahr verschoben worden. Ob die Minenfelder beseitigt seien, werde noch eine geraume Zeit vergehen.

Kuftere ostafrikanischen Feldern.

London, 1. Dez. (W.A.) Reuter meldet aus Lourenço Marques vom 25. Nov.: Antisch wird bekanntgegeben, daß General v. Petrow-Borbed sich mit 30 Offizieren, 125 anderen Europäern, 1165 Afrikanern, 1516 Trägern, 482 britischen und portugiesischen Trägern, 13 Eingeborenenhaupteilern, 33 männlichen Eingeborenen und 819 Frauen ergeben hat. Die Afrikaner bleiben bis zur Heimkehr in Tabora, die Deutschen bis zur Ueberführung nach Europa in Darressalam.

Die Friedenskonferenz.

Kopenhagen, 2. Dez. (L.A.) „Politiken“ meldet aus London: Die Vorbereitungen zur Friedenskonferenz sind nun im vollen Gange. Der Oberste Friedensrat, der in Versailles abgehalten wird, beginnt vor dem Januar, aber die interalliierte Vorkonferenz wird in der nächsten Woche in London eröffnet und in der zweiten Woche des Dezembers in Paris fortgesetzt werden. Ihre Aufgabe ist, die Grundfragen für die Friedenskonferenz und die Wahl der Kommissionmitglieder vorzubereiten. — Clemenceau, Orlando, Sonnino und Lord Derby reisen heute abend nach London. Koch schließt sich ihnen unterwegs an.

Man spricht davon, daß auf der Versailler Konferenz außer den zwischen den Mittelmächten und den Alliierten vereinbarten Bedingungen die Grenzen aller Staaten der Welt einer Nachprüfung unterzogen werden sollen, was sicherlich viele Konflikte beanspruchte dürfte. Allen Staatsmännern der Welt werde gleichzeitig die Aufgabe gestellt werden, Pläne für eine Regelung zu entwerfen, wodurch die Kriegsgefahr zwischen den Nationen in Zukunft beseitigt werden kann. — Ein Artikel in der „Baltimore Sun“ erinnert an eine Neuerung Salomos, daß es auf der Konferenz sehr starkisch zugehen werde. Ferner wird in dem Artikel gesagt, daß General Pershing mit dem Oberbefehl der Alliierten Höchstleistungen geleistet habe. Um all dies aus dem Wege zu räumen, habe Wilson beschlossen, nach Europa zu reisen. — Die „Times“ meldet aus Washington: Fast erklärte zur Reise Wilsons nach Europa, daß der Senat sich darüber aufregt, daß Wilson ihn nicht zu Rate gezogen habe, ehe er seinen Entschluß faßte. — Roosevelt sagte, daß Wilson in den jüngsten Wahlen durchgefallen ist und daß er deshalb von den Alliierten nicht länger als Vertreter des amerikanischen Volkes angesehen werden könne, sondern lediglich als Vertreter eines Teiles des amerikanischen Volkes.

London, 2. Dez. Der Finanzredakteur des „Daily Chronicle“ schreibt: Sachverständige glauben, daß Deutschland 5000 Millionen Zinsen der Entschädigung mindestens zahlen müsse. Wenn es notwendig sei, müsse es Hypotheken auf seine Erzgruben und anderes aufnehmen, bis die Schuld getilgt sei.

Untriede gegen Eisner.

München, 2. Dez. Der bayerische Ministerpräsident Eisner wurde gestern bei einer Versammlung im Nationaltheater in München regelrecht ausgepöfien, noch dazu von einer geladenen Zuhörerschaft. Als Eisner zu einer Ansprache auf die Bühne trat, wurde gebrüllt und Schmährufe wurden laut, ebenso als der Brieffall bestehenden Krastellen seiner Rede. Die Zuhörerschaft bestand aus heimgekehrten Soldaten und aus Hoch- und Mittelschulern, denen die Revolutionsfeier besonders geweiht war. — Nach der sonntäglichen Ständemuffel an der Feldherrnhalle wollte ein Anhänger Eisners das Publikum von der Freitreppe aus anreden, entsetzte aber einen Entrüstungsumsturz. Von der Residenzwache ließ das Volk die roten Fahnen herunterholen und gerief sie in Stücke. Dann erscholl der Ruf: „Raus Eisner! Holt die Weiber!“ (Gemeinwar damit das eben aus dem Feld zurückgekehrte Leibregiment, dessen sofortige Entlassung von Soldaten betrieben wird.) Die Menge stürmte dann zu dem Ministerium des Neuhern. Die hervorstechenden Denkmäler in den Anlagen waren rasch erstleitet. Es wurden Rufe laut: „Raus Eisner, raus, raus!“ Die im Hofe bereit gehaltene Weibswache, darunter Matrosen, stürzte auf die Straße und trieb die Menge mit Schreihäufen und mit einem schnell aufgestellten Maschinengewehr auseinander. Es gelang schließlich, die Menge zum Weggang zu bringen, der unter dem Wingen vaterländischer Gesänge erfolgte.

Berlin, 2. Dez. Wie wir erfahren, steht eine gemeinsame Rundgebung der deutschen Bundesregierungen gegen die staatsgefährlichen Separationshandlungen des gegenwärtigen bayerischen Ministerpräsidenten Eisner bevor.

Frankfurt, 2. Dez. Eine große Anzahl Soldatenräte des Südens, darunter in Mannheim, Karlsruhe, Heilbronn haben sich gegen die gegen die Einheit des Reiches gerichteten Handlungen des bayerischen Ministerpräsidenten erklärt. Die bayerischen Soldaten- und Arbeiterräte werden in Resolutionen aufgefordert, die jetzige bayerische Regierung durch eine den Interessen des arbeitenden Volkes entsprechende neue Regierung zu ersetzen.

Russische Rubel.

München, 2. Nov. Nach Mitteilungen, die von einem Mitgliede des Münchener Arbeiterrats in einer Versammlung gemacht wurden, haben die Bolschewiken für den revolutionären Putch im Deutschen Reich nicht weniger als drei Millionen Rubel ausgegeben. Von anderer Seite wird der „Münchener Augsburger Abendzeitung“ berichtet, daß zurzeit russisches Gold in großen Mengen unter der Handbörse im Umlauf ist.

Zur Schuld am Kriege.

Berlin, 2. Dez. Von den Arbeiter- und Soldatenräten Groß-Berlins war behauptet worden, in Berlin habe man damit begonnen, das amtliche Material über die Vorgeschichte des Krieges zu verbrennen. Dazu erklärt Kautsky in der Freiheit, es sei ihm bisher zwar nicht möglich gewesen, das ganze ungeheure Material über die Vorgeschichte des Krieges im Archiv des Auswärtigen Amtes durchzuarbeiten; seine bisherigen Wahrnehmungen aber hätten gar nichts ergeben, was auf eine Vernichtung von Akten in diesem Archiv hindeuten würde. Er habe vielmehr noch mehr gefunden, als er erwartet habe.

Dänisch über Trennung von Kirche und Staat.

Berlin, 30. November. Einem Vertreter der Politisch-Parlamentarischen Nachrichten gegenüber hat sich der Minister Dänisch auf den Hinweis, daß die bisherige Erörterung über die Absichten des preussischen Kultusministeriums, Kirche und Staat zu trennen, eine starke, auf Trennung gerichtete Bewegung begünstige, u. a. wie folgt geäußert: Es könne nach seiner Ansicht nichts Schlimmeres geschehen, als unter den

Der Mutter Sühne.

Roman von D. Courths-Mahler.

Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Gabi rührte sich nicht und sprach kein Wort. Sonst war das so anders gewesen.

Und da kam erst Eva die Erkenntnis, was wohl in Gabis Herzen vor sich gehen mußte. Sah sie doch in ihr die künftige Stiefmutter. Was wachte sie von ihr denn?

Sie konnte das eigentlich so gut nachfühlen, was in dem blonden Kopf vorging. Viel Gutes konnte Gabi nicht von Eva glauben. Das Blut flog ihr zu Kopf, langsam wandte sie sich um und sah mit großen, ernsten Augen in Gabis Gesicht.

Es lag etwas in dem Ausdruck ihrer Augen, was Gabi unruhig machte und ihr Herz ergriff. War es das Leid, welches sie in Evas Augen ruhen sah, war es die Erinnerung daran, was ihr Eva bisher gewesen, sie sprang plötzlich auf und umschlang sie mit beiden Armen.

„Eva, liebe Eva, verzeihe mir, ich war garstig zu dir. Sei nicht böse, ich, es kam das alles so schnell, daß du Papas Braut bist, ich kann es nicht fassen, aber —“

Eva schloß ihr den Mund.

„Schweig, kleine Gabi“, sagte sie leise im alten, zärtlichen Tone, und sah ihr tief in die Augen. „Daß dich durch den Gedanken an deinen Vater und mich nicht schrecken. Dein junges Glück soll deshalb kein Schatten trüben. Ich verstehe dich sehr gut. Aber entziehe mir deine Liebe und dein Vertrauen nicht, glaub' mir, du schenst es keiner Unwürdigen. Der Glaube an mich wird dir schon wiederkommen.“

Gabi weinte leise.

„Ach, Eva, ich bin eine garstige Egoistin, die allein glücklich sein will.“

Eva lächelte, wie man zu der reinigen Selbstanfrage eines Kindes lächelt, und strich Gabi das Haar aus der Stirn.

„Sei es nur, Gabi! Nur wer selbst glücklich ist, vermag andere voll und ganz zu beglücken.“

Gabi lächelte schon wieder.

„Ach, du denkst an Bernhard. Gute Eva, du weißt doch, wie ich ihn liebe. Mein Leben gebe ich willig hin, wäre es nötig zu seinem Glück.“

Eva umschloß die zierliche Gestalt. Sie drückte das blonde Köpfchen fest an sich. Ihr Blick lag darüber hinweg zum Himmel empor. Eine heiße Bitte lag darin: „Daß ihn glücklich werden an ihrer Seite, das Leid soll

nur mir gehören, ich will es flaglos auf mich nehmen.“ — Als Bernhard Gerold mittags und Wendenburg herüberkam, fand er zunächst nur Gabi vor, die sich ihm mit glücklichem Lachen in die Arme warf. Eva hatte es vorgezogen, dieser Begrüßung fern zu bleiben, und kam erst herein, als sie annehmen konnte, daß sie vorüber war.

Bernhard stand aber noch neben Gabi und hatte seinen Arm um sie gelegt. Trotz aller Selbstbeherrschung suchte sie bei dem Anblick schmerzhaft zusammen, und jener ließ schnell die Hand herabfallen, als ahnte er, daß der Anblick Eva Schmerz bereiten mußte. Sie begrüßte sich dann, wie sonst, nur lag ihre Hand einen Augenblick wie leblos in der seinen, und er gab sie schnell wieder frei. Sie sah sich nicht an dabei. Eva hätte aufschreien mögen vor namenloser Qual.

Auch bei Tisch vermieden sie, sich anzusehen. Nur einmal trafen die Blicke eines ständigen Moment ineinander. In dem seinen lag heimliches, schmerzliches Forschen, aber ihre Augen blinzelten leer und starr, wie aus einer toten Seele heraus, und die goldigen Wimpern darin waren erloschen.

Aber gerade das erfüllte Bernhard bis ins Tiefste. Er sah, was sie in der vergangenen Nacht gelitten hatte. Reue, Schmerz und dumpfe Verzweiflung stritten um die Herrschaft in seiner Seele, während er neben Gabi sah und ihr alle Anmerklichkeiten erlöste, die eine Braut von ihrem Verlobten erwarten darf.

Wendenburg hatte bereits die Verlobungsanzeigen von Bernhard und Gabi befestigt.

„Wir wollen die unferen erst in einigen Tagen anschieben, liebe Eva. Es wäre geschmacklos, wenn wir beide Verlobungen gemeinsam bekannt gäben. Es ist dir doch recht, nicht wahr?“ sagte er zu ihr.

Eva wollte rufen: Ich bin nicht mit dir verlobt, werde es nie sein, aber sie senkte nur das Haupt. Er konnte das für eine Zustimmung nehmen.

Zur Feier von Gabis und Bernhards Verlobung sollte ein Fest in der Villa Anna gegeben werden. Die Einladungen dazu mußten mit den Verlobungsanzeigen zugleich abgeschickt werden. Für Eva gab es da nämlich zu tun, und sie war froh darüber. Arbeit, viel Arbeit konnte sie gebrauchen, sie würde am besten helfen das Gleichgewicht ihrer Seele wiederzufinden. So besprach sie scheinbar gleichmütig alles Nötige mit Wendenburg und Gabi. Nur Bernhard blieb stumm. Er beobachtete inzwischen heimlich Evas blaßes, süßes Gesicht. Ihn konnte sie durch die äußere Ruhe nicht täuschen. Seit gestern war ein Ausdruck in ihrem Gesicht, der vordem nicht dagewesen. Im Schmerz gereift — innerlich elend — aber nicht mut-

los. Er sah, sie war gewillt, den Kampf mit dem Schicksal durchzukämpfen. Sollte er sich schwächer zeigen als sie? Er richtete sich auf und schaltete die dumpfe Verzweiflung von sich ab. Aber ein heimlicher Wunsch keimte in ihm und setzte sich fest in seiner Seele: Er mußte noch einmal ohne Zeugen mit Eva sprechen, sie mußte ihm die Wahrheit bekennen, weshalb sie ihm das angetan hatte. Die Gerechtigkeit brauchte er, um sich in das Unvermeidliche zu fügen. Nach Tisch unternahm das Brautpaar einen Spaziergang durch den Park. Eva sah ihnen mit harren Augen nach. Dann wandte sie sich um und trat zu Wendenburg heran, der in einem Sessel am Rampe saß.

„Würdest du nicht die Güte haben, mir die Adresse meiner Mutter zu geben?“ fragte sie so ruhig sie konnte.

Er sah überrascht zu ihr auf.

„Was willst du damit, liebe Eva?“

Obwohl ihr das Herz bis zum Halbe hinauf klopfte, bewahrte sie ihre Ruhe.

„Ich möchte ihr selbst schreiben von — von der Veränderung in meinem Leben.“

Er nahm ihre Hand und küßte sie.

„Wißt du das nicht mir überlassen? Ich sehe nicht gern, wenn du mit ihr in irgendwelche Berührung kommst.“

„Sie ist doch meine Mutter“, sagte sie leise.

„Wußt ich dir ins Gedächtnis zurückrufen, daß sie dich und deinen Vater herzlos im Elend verließ?“

Eva lächelte schmerzhaft.

„Nein, ich habe es gewiß nicht vergessen. Aber auch ich habe mich ihr gegenüber nie als Tochter gezeigt, habe nie versucht, mich ihr zu nähern.“

„Das war sie auch nicht wert.“

„Es mag sein, wie du sagst, aber bitte, gib mir ihre Adresse, ich weiß, daß du sie hast.“

Er überlegte einen Augenblick, dann riß er ein Blatt aus seinem Notizbuch und schrieb.

„Hier hast du sie, Eva. Ich will die erste Bitte, die du als Braut an mich richtest, nicht unerfüllt lassen. Aber nimm meinen wohlmeinenden Rat an und lasse dich nicht mit jener Frau ein. Alles, was du durch einen direkten Brief an sie erreichen wirst, ist, daß sie dich um Geld anderteln wird. Sobald sie weiß, daß du die Braut eines vermögenden Mannes bist, wird sie sich diesen Umstand zunutze machen. Ich hätte dir auch jetzt nichts aber sie gesagt, wie bisher, aber ich muß dich warnen vor ihr, sie ist nicht wert, daß du ihrer gedenkst, glaube es mir.“

Eva hatte langsam den Papierstreifen mit der Adresse in sich gesteckt, froh, ihren Zweck erreicht zu haben.

(Fortsetzung folgt.)

geringen Umständen einen Kulturkampf zu entfesseln. Bei der Trennung handelte es sich nicht ausschließlich um eine Angelegenheit des preussischen Kultusministeriums, sondern es sei eine gesamtpreussische und gesamtdeutsche Frage, deren Lösung vom preussischen Ministerrat als Ganzes gelassen müsse. Minister Hänisch erklärte, er erhalte täglich eine ungeheure Anzahl von Zuschriften und Beschlüssen von Millionen von Katholiken und Protestanten, die sich gegen die Trennung verwehren. In der Tat wäre in der Trennung eine Unflughöhe ersten Ranges zu erblicken, die dem Verband nur Wasser auf seine Mühlen liefern würde. Überall werde mit dem Papst eine antikirchliche Diktatur gearbeitet. Hänisch schloß mit der Erklärung: Ich mache mein Verbleiben im Amt davon abhängig, daß die Frage, ob Kirche und Staat getrennt werden sollen, als gesamtdeutsche Frage bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung in der Schwebe bleibt. Vorarbeiten können ja inzwischen geleistet werden. Ich habe mich nie auf einen engherzigen Resolutionspunkt gestellt, und wenn ich auch selbst seit meinem 16. Lebensjahre Präsident bin, so werde ich mich doch hüten, und würde es sehr unbedenklich finden, wenn ich heute meine persönliche Ueberzeugung zur ausschließlichen Richtschnur meines amtlichen Handelns machen und Millionen von Menschen in schwere Gewissenskonflikte stürzen wollte. Unsere neue Regierung hat mit so vielen Schwierigkeiten zu kämpfen, daß jede überflüssige neue Vermischung vermieden werden muß.

Zurück aufs Land!

Berlin, 2. Dez. (W.B.) Ein Aufruf Hindenburgs teilt mit, daß die Vorarbeiten zu einem großartigen Ansiedlungswerk im Gange sind, wodurch auf billig erworbenem Land mit billigen öffentlichen Geld für Landwirte, Gärtner und ländliche Handwerker Hunderttausende von Stellen errichtet werden, für städtische Arbeiter, Angehörige, Beamten und Angehörige verwandter Berufe Häuser in Gartensiedlungen und Gartenortsstädten erbaut und gegen mäßige Vergütung der Selbstkosten übergeben werden. Der Aufruf schließt mit der Aufforderung an die Kameraden, die bisher mit nicht gekannter Todesverachtung und ebensoem Opfermut 30 Monate hindurch die heimatische Erde schützten, das Vaterland nochmals durch deutsche Mannesjucht und deutschen Ordnungssinn zu retten und sich die eigene Zukunft und das eigene Glück zu bereiten.

Ein Aufruf des Staatssekretärs Bauer fordert die aus dem Krieg heimkehrenden Vandalenarbeiter und alle die Personen, die auf dem Lande vor dem Kriege tätig waren, auf, nicht in die Städte und Industriebezirke, sondern auf das Land zu gehen, wo mehrere Millionen Hektar Raum zur Besiedelung bereitgestellt werden. Auf dem Lande gebe es jetzt Unterkunft und lohnende Beschäftigung, weil mehr als eine Million Kriegsgefangener und Vandalenarbeiter ihren Arbeitsplatz verlassen.

Zwei Abdanckungs-Verhandlungen.

Berlin, 1. Dez. (W.B.) Um aufgetauchten Rißverhältnissen über seine Abdanckung zu begegnen, hat Wilhelm II. in einer staatsrechtlich einwandfreien Urkunde auf seine Rechte an der Krone Preußens und der damit verbundenen deutschen Kaiserkrone verzichtet und zugleich alle Beamten des Deutschen Reiches und Preußens, sowie alle Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Marine, des preussischen Heeres und die Truppen der Bundeskontingente des Freireiches entbunden. Er erwartet von ihnen, daß sie bis zur Neuordnung des Deutschen Reiches den Inhabern der tatsächlichen Gewalt in Deutschland helfen, das deutsche Volk gegen die drohenden Gefahren der Anarchie, Hungersnot und Fremdherrschaft zu schützen.

Eine ähnlich lautende Erklärung hat auch der seitherige König von Württemberg abgegeben unter gleichzeitiger Dank an Volk und Heer für früher bewiesene Treue und mit den besten Wünschen für die Zukunft seines geliebten Württembergs.

Keine Revolution in Italien.

Wien, 1. Dez. Dem Triester Berichterstatter des Neuen Wiener Tagblatts erklärte ein eben aus Venedig und Mailand zurückgekehrter Sozialistführer, Meldungen über eine revolutionäre Bewegung in Italien entsprächen nicht den Tatsachen. Das italienische Volk befinde sich in einem Siegesrausch. Gegenwärtig würde daher dort jeder revolutionäre Schiffsbruch leiden, der eine Nachahmung der deutschen Vorgänge empfehlen wollte. Wohl gebe es puschläterne Soldaten; diese planten aber trotz aller Heimatssehnsucht noch lange keine Revolution.

Kleine Mitteilungen.

Berlin, 1. Dez. Der Kaiserin ist für ihre Reise nach Holland ein Ertragsgeld gestellt worden. Sie war bis zur Grenze begleitet außer ihrem eigenen Gefolge von dem Wohlwille des Volksgenerals Mollenhuth, der wahrnehmlich mitfuhr, um irgendwelche Störungen oder Behinderungen zu verhüten.

Berlin, 1. Dez. Die Mörder des deutschen Gesandten Grafen Mirbach, Blumin und Andrejew, sind einem Telegramm der „Koska“ zufolge zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

Kattowitz, 1. Dez. Die gestern in Kattowitz zwischen den Grubenverwaltungen und den Bergarbeitern zu Ende geführten Verhandlungen haben zur Annahme der Bergarbeiterforderungen geführt. Die Arbeiter erhalten u. a. eine einmalige Feuerungszulage.

Dresden, 2. Dez. (Z.N.) Aus Nikolajew ist folgender Funkspruch eingetroffen: „Das Befinden der sächsischen Truppen in der Südukraine ist gut. Post ist unterwegs. Gouverneur Nikolajew.“

Paris, 1. Dez. Das Königspaar von England und die königl. Prinzen sind am Donnerstag in Paris eingetroffen. In seinem Funkspruch gelogenheit des Admirals im Elbe sagte Kommandeur u. a.: „Zusammen haben wir geküßt, zusammen haben wir gestritten, zusammen haben wir gegest. Wir sind für immer vereint.“

Cagesnachrichten.

Diebstahl in Berliner Schloß. Wie eine Berliner Korrespondenz mitteilt, ist die gesamte Wäsche des Kaisers und der Kaiserin mit der Garderobe aus dem Schloß beschwunden. Auch Kostbarkeiten und historische Gegenstände sind nicht ausfindig. Das Silberzeug und die Weinverate konnten in Sicherheit gebracht werden.

Am hannoverschen Residenzschloß an der Göttingerstraße werden 1500 Soldaten aus der Garnison untergebracht. — Schon einmal, während der französischen Fremdherrschaft, diente das Schloß als Kaserne. Hieronimus Boppart eröffnete damals den Hannoveranern: „Ich will euch Kisten das königliche Schloß, welches an eurer Seite

steht, doch sollt ihr es ausbauen auf eurer Kosten zu einer Kaserne für meine Kriegsgemeine.“

Kreuznach, 1. Dez. Zu ersten gegenrevolutionären Ausschreitungen kam es in Kreuznach anlässlich der Tarife, daß der Arbeiter- und Soldatenrat am dortigen Stadthaus neben dem Nationalfahnen auch eine rote Flagge gehißt hatte, die von durchmarschierenden Soldaten heruntergeholt wurde. Im kritischen Augenblick hat eine Wordnung des Publikums den A- und S-Rat mit Rücksicht auf den Ruf und den Fremdenverkehr Kreuznachs, man möge nachgeben, um weitere Ausschreitungen und Blutvergießen zu verhindern. Aus diesem Grunde entsprach der A- und S-Rat der Bitte und beschloß, von der weiteren Hisung der roten Fahne vorläufig Abstand zu nehmen.

Leipzig, 1. Dez. (Z.N.) Der Streit um die Fahne auf dem Leipziger Universitätsgebäude ist zu einem ernsthaften Konflikt zwischen Studentenschaft und A- und S-Rat ausgeartet. Auf erneutes Eingreifen der revolutionären Gewalt konnte der Rektor die nachmalige Hisung der roten Fahne nicht verhindern. Die Studentenschaft besetzte eine Einspruchsversammlung ein und beschloß, die rote Fahne auf der Stelle wieder zu entfernen. Das Vorhaben kam zur Ausführung. Inzwischen sandte der A- und S-Rat bewaffnete Vertreter, die den Vorstehenden des Studentenvorstandes-Komitees in den Räumen der Universität verhafteten. Die empörten Studenten zogen vor das Postpräsidium und forderten die Freigabe des Verhafteten und drohten das Präsidium zu säumen. Schließlich wurde der verhaftete Student freigelassen.

Lokales.

* Einquartierung. In unserer Stadt waren weiter einquartiert vom 1. bis 2. Dez.: Armeekraftwagenkolonne 359, Feldpost 7, Armeekraftwagen-Abteilung 18, Deutsche Feldpost 3032, Mun- und Geräte-Verwaltung 1, Stad- und Kol. Marschgruppe 7, Wirtschafts-Komp. 190, Feld-Regt. 100, Regts.-Stab 1. bair. Fuß-Regt., Pferde-Regt. 4, Garde-Division, Artillerie-Kommandeur 142, Stappen-Kommando 170, Wgabs-Kommando San.-Kraftwagen-Abteilung 7, Reserve-Korps 8, Armeekraftwagen-Kol. 53, 2. Garde-Fuß-Regt., Stad., — In der Nacht vom 2. zum 3. Dez.: Das 2. Garde-Fuß-Regt., Artillerie-Regt., Fuß-Regt. 618, Stappen-Fuß-Regt. 27, Fuß-Regt. 459, Feld-Regt. 397, Pferde-Regt. 94, Artillerie-Regt. 17, Fuß-Regt. 9, 2. Batterie, Proviant-Amt 2, bair. Inf.-Division, Gruppen-Funker-Abteilung, Feldschlachterei 87, Feldschlachterei 88, 1. Garde-Reserve-Fuß-Regt. 3, Batterie. Insgesamt in der letzten Nacht über 3000 Mann und 2000 Pferde. — Gestern nachmittag marschierte die erste geschlossene Infanterie-Formation mit klingendem Spiel durch die Stadt; durchziehende Wagenkolonnen füllten in stundenlangem Zuge die Straße, von Halger nach Burg weiterziehend. Die Unterbringung der Pferde konnte nicht reiblos gelöst werden, da die Zahl der unterzubringenden Pferde die normale Besetzungsfähigkeit um das Mehrfache überstieg. Morgen trifft das Armeekommando von Wicura auf 3 Tage hier ein. Die nachfolgenden Infanterie-Formationen werden an die Mannschafstunterbringung in unserer Stadt noch größere Anforderungen stellen. Masseneinquartierung in den einzelnen Häusern ist in Aussicht zu nehmen. — Das kriegsgerichte Bild in unseren Straßen und Plätzen, das Ruf- und Abwogen der Truppen, die aufgestellten Wagenparcs und die Pferdeweihen bieten Liebhaber-Photographen einen willkommenen Gegenstand, diese Zeit auf der Platte für spätere Geschlechter festzuhalten. Unsere alten Ausgiebel haben seit den Tagen des 7-jährigen Krieges, vom Januar und Juli 1760, nicht wieder auf ein ähnliches militärisches Leben herniederbegegnet. Nur die Monate von 1867, die Zeit der Kämpfe zu dem niederländischen Freiheitskampf Wilhelm des Schwieggers, dürften unserem Tale ein gleich umfangreiches kriegerisches Geschehen gebracht haben, wie dieses letzte Schlupspiel des großen Weltkrieges es jetzt unserer Stadt und Heimat bringt.

— Gefangenen-austausch. In der gestern abend stattgefundenen Besprechung betreffend den Austausch unserer Gefangenen wurde beschlossen, durch verschiedene Eingaben den Versuch zu machen, daß sie beim Friedensschluß sofort freigegeben und entlassen werden. Die Eingaben werden gerichtet 1. an das Kriegsministerium, 2. an den Präsidenten Wilson, 3. an die schweizerische Bundesregierung und 4. an das Büro internationale feministe u. in Lausanne. Diese vier Eingaben werden zur Unterzeichnung ausgelegt für Dillenburg bei Herrn Bittendorf (Marktstraße), in Herborn, Halger, Strahersbach und Driedorf auf den Bürgermeistereien. Die Angehörigen der Kriegsgefangenen werden gebeten, diese Eingaben bis spätestens Sonntag abend unterzeichnen zu wollen. In Dillenburg kann dies bereits von Mittwoch ab geschehen, in den andern Gemeinden von Donnerstag ab. Jeder Unterzeichner hat also vier getrennte Eingaben durch viermalige Namensschreibung zu unterzeichnen. Zur Verbreitung der Urkunden sollen mindestens 20 Bsp. pro Unterzeichner gezahlt werden. Der einmalige Ueberdruck wird zu einem wohlthätigen Zweck verwendet.

— Unzuf. Man sollte es nicht für möglich halten, und doch ist es so. Zur Zeit, wo Jeder sich bemüht, die Truppen freundlich zu begrüßen und ihnen den Dank auch äußerlich durch Schmückung der Häuser zu bezeugen, gibt es Elemente, die es als Heldentat ansehen, die Gärten herunterzureißen, wie gestern Wend u. B. am Neuen Weg. Eine exemplarische Bestrafung dieser Burlesken ist am Plage.

— An die entlassenen Mannschaften. Da die Mannschaften nach ihrer Entlassung aus Mangel an Zivilanzügen vielfach ihre Uniformen weiter tragen müssen, unterscheiden sie sich in keiner Weise von den noch im Dienst befindlichen Kameraden. Sie haben daher alle militärischen Abzeichen, (Achselklappen, Grabadelschilder) abzulegen und auch die Uniformknöpfe durch Zivilknöpfe zu ersetzen. Sonst sehen sie sich dem aus, daß sie noch für im Heer stehende Soldaten gehalten und wegen Nichterfüllung der Bruchpflicht zur Rechenschaft gezogen werden könnten.

Provinz und Nachbarchaft.

Frankfurt, 1. Dez. In einer der letzten Nächte wurde auf einen zwischen Friedberg und Korbach verlaufenden Eisenbahnzug mit Militärgut ein Ueberfall verübt, bei dem es zwischen dem Wächterposten und den angreifenden Räubern (Zivilpersonen) zu einem regelrechten Feuergefecht kam. Die Angreifer entkamen, ohne etwas geraubt zu haben, im Schutze der Dunkelheit.

Frankfurt, 2. Dez. (Die Besetzung Frankfurt.) Wie dem hiesigen Nachrichtenamt aus Spa von der Waffensstillhandelskommission gemeldet wird, kommt eine

Besetzung von ganz Frankfurt nicht in Frage. Diese kurze, unbestimmte Nachricht läßt vermuten, daß der Feind möglicherweise einige Teile im Westen Frankfurts besetzen wird. Da Frankfurt von Brückenköpfen Mainz gehört, würden in jedem Fall Franzosen die Besatzungstruppen bilden.

Worms, 1. Dez. Ein Zeichen der Zeit. Infolge der jüngsten Vorgänge im Deutschen Reich hat, wie aus Kindsbach in der nahen Pfalz gemeldet wird, der dortige Militär-Verein sich aufgelöst. Die prächtige Fahne wurde dem katholischen Geistlichen übergeben, das Inventar veräußert, die Kasse unter die Mitglieder verteilt.

Verantwortlicher Schriftleiter: E. Weidenbach

Amfliche Bekanntmachungen.

Verordnung

über die Verhütung von Seuchen.

Vom 20. November 1918.

Auf Grund des Erlasses des Rates der Volksbeauftragten über die Errichtung des Demobilmachungsamts vom 12. Okt. 1918 wird zur Verhütung von Seuchen verordnet:

§ 1. Sämtliche Angehörige des Heeres und der Marine haben sich vor ihrer Entlassung einer ärztlichen Untersuchung auf das Vorhandensein von Ungeziefer und übertragbaren Krankheiten zu unterziehen. Den zu diesem Zweck ergehenden Anordnungen ist Folge zu leisten.

§ 2. Wer bei der Untersuchung als behaftet mit Ungeziefer befunden wird, ist sobald als möglich zu entlassen.

§ 3. Wer sich bei der ärztlichen Untersuchung als behaftet mit einer übertragbaren Krankheit, insbesondere einer Geschlechtskrankheit, erweist, wird in Quarantänebehandlung genommen, bis die Ansteckungsgefahr erloschen ist.

Befehle bei dem Erkrankten Gewähr für die Einhaltung der notwendigen Vorsichtsmaßnahmen gegen die Verbreitung der Krankheit, so kann von einer Quarantäneüberweisung abgesehen werden und die Entlassung erfolgen.

§ 4. Wer vor seiner Entlassung einer Untersuchung der im § 1 bezeichneten Art nicht unterzogen worden ist, hat sich unverzüglich bei der nächsten erreichbaren militärischen Behörde oder bei der Ortsbehörde seines Aufenthaltsortes behufs Herbeiführung der ärztlichen Untersuchung zu melden.

Die Militär- oder Ortsbehörden haben die notwendigen Anordnungen für die Herbeiführung der ärztlichen Untersuchung und der im Anschluß hieran gemäß § 2 und § 3 erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

§ 5. Die Behandlung und Verpflegung der in Quarantäne untergebrachten ist unentgeltlich. Im Übrigen erhalten sie dieselben Bezüge wie erkrankte Heeresangehörige. Auch die Familienunterstützungen werden weitergezahlt.

§ 6. Entlassene Angehörige des Heeres und der Marine, die keine Bescheinigung darüber beibringen können, daß sie von Ungeziefer und übertragbaren Krankheiten frei sind, dürfen von den Gemeinden nicht in Bürgerquartiere gelegt werden.

§ 7. Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

Berlin, den 20. November 1918.

Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisierung: Poeth

Dillenburg, den 20. November 1918.

Der Landrat: v. Sybel

An die Herren Bürgermeister des Kreises.

Obgleich für die Desinfektion (Entsaufung) der durchmarschierenden Truppen bereits nach Möglichkeit Sorge getroffen worden ist, werden von der dazu berufenen militärischen Stelle der 1. Armee noch folgende Maßnahmen angeordnet:

1. Bereitstellung eines mit warmem Wasser gefüllten Waschküßels zum Abwaschen des Körpers, nach Möglichkeit in den Einzelquartieren;
2. Bereitstellung eines Waschküßels bezw. eines großen Behälters zum ebl. Auslöchen der Leibwäsche;
3. Bereitstellung von heißen Bügeleisen zum Ausbügeln von Leibwäsche, Uniformen und wollenen Decken;
4. Wo Brunnen oder sonstige größere Betriebe usw. zur Verfügung stehen, ist die Möglichkeit zu prüfen, ob nicht in einem großen Zeitraum durch heiße Luft, eingeleiteten Wasserdampf oder auch heißes Wasser die Desinfektion (Entsaufung) im großen Maßstab gemeinsam vorgenommen werden kann.
5. Sollten Fabriken große Brauseanlagen bezw. Dampferichtungen in Betrieb haben, so sind die Fabrikleitungen um Ueberlassung dieser Einrichtungen für die Truppe zu ersuchen.

Vorstehende Anordnungen sind sofort ortstädtlich bekanntzumachen und ist darauf zu achten, daß sie seitens der Quartiergeber weitgehend befolgt werden.

Das Eintreffen der Truppen kann täglich erfolgen.

Dillenburg, den 30. November 1918.

Der Landrat: v. Sybel

Rückgabe der Kriegsgefangenen.

Die Bedingungen des Waffenstillstandes erfordern die Rückgabe der Kriegsgefangenen zu den festgesetzten Terminen. Gleichzeitig erfordert die Unterbringung deutscher Arbeitskräfte einen beschleunigten Abschluß der russischen Kriegsgefangenen.

Das Kriegsministerium — Kriegsamt — hat deshalb im Einvernehmen mit dem Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisierung (Demobilisierungsamt) für die Herausziehung der Kriegsgefangenen folgendes bestimmt:

Die Arbeitgeber von Kriegsgefangenen haben sich unverzüglich zur Abgabe der Gefangenen bereitzuhalten. Bis zu ihrer Ueberführung in die Stammlager haben die Gefangenen auf ihren bisherigen Arbeitsstellen zu verbleiben. Es ist unter keinen Umständen anzunehmen, daß Arbeitgeber ihre Kriegsgefangenen eigenmächtig in die Vager abschleppen, vielmehr wird der Zeitpunkt, wann dies zu erfolgen hat, durch die Inspektion der Kriegsgefangenenlager den Arbeitgebern bekanntzugeben.

Etwasiger durch die Herausziehung der Kriegsgefangenen notwendig werdender Ersatz an Arbeitskräften ist unverzüglich bei einem nicht gewerbmäßigen Arbeitsnachweis unter dem Stichwort: „Ersatz für Kriegsgefangene“ und unter Angabe der Berufsart, anzumelden.

Im Auftrage des Arbeiters- und Soldatenrates: Kriegswirtschaftsamt: H. A. Kun, Leutnant.

Wird veröffentlicht.

Dillenburg, den 30. November 1918.

Der Landrat.

An die Herren Bürgermeister

Diejenigen Truppen der 7. Armee, die mit Stroh oder Gafel oder mit Verpflegung nicht versorgt sind, ha-

ben sich an das Probieramt in Dillenburg (Schulstraße 11, Telefon Nr. 11, zu wenden.

Ueber die Ausgabe von Heu durch das genannte Probieramt erfolgt noch weitere Mitteilung. Günstigen haben die Gemeindefürsorge mit Heu auszuheilen.

Dillenburg, den 3. Dezember 1918.

Der Landrat: v. Schöbel

An die Herren Arbeitgeber des Distriktes:

Unmittelbar nach Durchführung der dringendsten militärischen Rücktransporte sollen die in der Rüstungsindustrie beschäftigten ausländischen Arbeitskräfte und ebenso die inländischen ortsfremden Arbeiter und Arbeiterinnen, die jetzt in der Industrie nicht mehr gebraucht werden, abtransportiert werden, damit Platz für die aus dem Heide zurückkehrenden Arbeitskräfte geschaffen wird.

Hinsichtlich des Rücktransportes der inländischen ortsfremden Arbeiter und Arbeiterinnen gilt als Grundsatz, daß zunächst die Frauen abtransportiert werden.

Um den Arbeitern und Arbeiterinnen einen Anreiz zur baldigen Abreise in ihre Heimat oder an ihre alten Arbeitsstellen zu bieten, ist von der Eisenbahn in Aussicht genommen, für die Abbeförderung — vorbehaltlich künftiger Vereinbarung über die zur späteren Erhaltung der Transportkosten verpflichteten Stelle — freie Fahrt zu gewähren, sofern die Reise innerhalb eines nach den örtlichen Verhältnissen von den Demobilisationsstellen zu bestimmenden Zeitraumes angetreten wird.

Die Zulassung zur Beförderung soll auf Grund eines von den Werken auszustellenden Ausweises nach folgendem Muster geschehen:

Ausweis

zur Erlangung freier Fahrt für den arbeitseinstellenden ... in 4. Wagenklasse von ... nach ...

Tag des Reiseantritts:

Inhaber hat bei der Unterzeichneten bis ... in Arbeit gesandt und verlegt seinen ständigen Wohnsitz nach ...

Ort und Datum

Firmenstempel. Unterschrift.

Der Übergang in eine höhere Wagenklasse ist ausgeschlossen. Der Ausweis verliert nach Ablauf des 4. Tages seit Reiseantritt seine Gültigkeit. Nach beendeter Fahrt an den Zug- oder Bahnsteigbesitzer abzugeben.

Sofern eine Abbeförderung von Arbeitskräften für ein Werk in Frage kommt, hat dasselbe durch meine Hand die Zahl der abzufördernden Personen, getrennt nach Männern und Frauen, Absahrsstationen, Abreisetag und Reiseziel der Eisenbahndirektion in Frankfurt a. M. umgehend anzugeben. Dasselbe wird dann über die Ausführung der Transporte, namentlich über den endgültigen Reisetag, weitere Mitteilung folgen lassen. Die Eisenbahndirektion bemerkt noch, daß bei Sammeltransporten die Ausweise den Arbeitern erst am Zerstreungsort durch das Zugpersonal ausgehändigt werden dürfen. Der endgültig festgesetzte Beförderungstag würde bei Sammeltransporten während der Fahrt vom Zugführer, bei Einzelfahrten aber vom Werk einzutragen sein. Sammeltransporte werden in der Regel hauptsächlich bei ausländischen Arbeitern in Frage kommen.

Dillenburg, den 2. Dezember 1918.

Der Demobilisationsauswies:

Der Landrat: v. Schöbel

Ergänzungs- und Ersatzwahlen.

Die preussische Regierung ordnet hiermit an:

Ergänzungs- und Ersatzwahlen zu den Gemeindevertretungen und Stadtverordneten-Versammlungen (Bürgerdörfer, Kolonien), Kreisrägen (Amtsversammlungen), Provinziallandtagen und Vertretungen der Zweckverbände finden bis zu der bevorstehenden gesetzlichen Regelung des kommunalen Wahlrechts nicht statt.

Die Wahlzeit für diejenigen Vertreter, für die eine Ergänzungswahl nötig gewesen wäre, wird bis zu der nach der neuen gesetzlichen Regelung erfolgigen Wahl verlängert.

Berlin, den 18. November 1918.

Die preussische Regierung:

Dr. Breitscheid, Hirsch.

Die Herren Bürgermeister der Landgemeinden ersuche ich, durch geeignete Maßnahmen Ihrer Gemeinden insbesondere durch Abgabe von Bauholz und Bausteinen aus den Gemeinde-Baldungen und Steinbrüchen zu möglichen Preisen auf die Förderung des Baues von Wohnungen hinzuwirken.

Dillenburg, den 27. November 1918.

Der Landrat.

Einige Zentner **Äpfel** zu kaufen gesucht.

Gef. Angebote erbitten unter O. T. 4593 an die Geschäftsstelle des Blattes.

Eine junge **Bogelsberger Kuh** im August zum ersten Mal gekalbt, steht zu verkaufen bei Gärtnereibender, Uebernthal.

Verkaufe **1 Siege, 3mal gelammt und 1,4 Rast. Legehühner** 1916er Zucht. (4623) Richard Schnurr, Langenbach (Distrikts).

Mädchen für einige Stunden des Tages sofort gesucht. Zu erfragen in der Geschäftsstelle.

Junger Mann, welcher 4 Jahre auf Büros tätig war, und vom Militär abgegangen ist, sucht Stellung auf einem Büro. Näh. in d. Gesch.-Stelle.

Zwei Schimmel haben zu verkaufen bei Karl Heinrich 1., Wissenbach.

Tüchtiges **Sausmädchen** zum 1. Januar gesucht. Frau Hans Grün, Dillenburg, Schloßberg.

Verloren Herrenuhr vom Bahnhof Dillenburg nach Eibach. Abgegeben geg. Belohnung auf dem (4619) **Bürgermeisteramt Eibach.**

Für die vielen uns anlässlich unserer Vermählung erwiesenen Aufmerksamkeit danken wir herzlich. **Heinrich Andreas und Frau.** Dillenburg, den 3. Dezember 1918.

Geschäfts-Eröffnung. Hierdurch die erg. Mitteilung, daß ich in dem Hause **Marbachstraße 85 (Wohnung Rheinstraße 2)** eine **Bau- und Möbelschreinerei** eröffnete. Es wird mein Bestreben sein, die mich beehrende Kundenschaft durch rasche Bedienung, gute Arbeit und reelle Preise zufriedenzustellen. Mit der Bitte um fröhlicher Zuweisung von Aufträgen empfehle ich mich. (4572) Hochachtungsvoll **Wilhelm Heinz.**



An der Spitze steht **Dr. Senaers Delwachslederpuh Rigrin**

denn er entspricht allen Anforderungen: Gibt wasserfesten Hochglanz, macht das Leder weich, wasserdicht und dauerhaft, verdirbt auch bei strengster Kälte nicht. Hersteller auch des beliebten **Parkei-Bodenwachses „Koberin“: Carl Senaer, Göppingen.**

Weihnachtsbitte der Erziehungs- und Pflegeanstalt Scheuern bei Nassau a. d. Lahn. Weihnachten, das Geburtsfest des Heilandes, in dem Gott der Menschheit die allgerühmte Freude bereitet hat, kommt wieder heran, und da wagen wir es, trotz des Druckes der Zeit um Gaben der Liebe zu bitten, damit wir auch in diesem Jahre jedem eine kleine Freude bereiten können. Wer möchte den an die Schattenseite des Lebens Verworfenen und doch so gern Fröhlichen die Christfreude nehmen? Freilich wird's sehr sparsam und praktisch sein, das Christkind 1918, aber unsern Kindern läßt sich auch mit Wenigem viel Freude bereiten. Darum bitten wir unsere Freunde in Stadt und Land herzlich um Ihre Hilfe, um Gaben in Geld, Spielsachen, Schwären, Bekleidungsstücke usw. Wir haben für alles, was die Liebe uns schenkt, Verwendung und sind für jede, auch die kleinste Gabe herzlich dankbar. Es ergeht besondere Einladung. Allen unsern Wohlwählern wünschen wir in dieser ersten Kriegszeit ein gesegnetes Christfest! **Martin, Pfarrer, Vorsitzender des Vorstandes. Todt, Direktor.** Die Postcheckkonto-Nummer der Anstalt ist Frankfurt a. M. 4000.

Einquartierung! Für Wiederoerkäufer empfehle **1917er Prima Rheinweine** in allen Preislagen. **Sofort greifbar.** **Franz Henrich, Dillenburg** Tel. 44.

Bekanntmachung. Auf Anordnung des Reichsamts für wirtschaftliche Demobilisation sind zur Verhütung von Suchen sämtliche Angehörige des Heeres und der Marine vor ihrer Entlassung auf das Vorhandensein von Ungezeirer und übertragbaren Krankheiten ärztlich zu untersuchen. Wer vor seiner Entlassung dieser Untersuchung nicht unterzogen worden ist, hat sich unverzüglich zur Herstellung der ärztlichen Untersuchung an den Wohnort vormittags von 11-12 Uhr auf dem Geschäftszimmer des hiesigen Referenzlazarets Hindenburgstr. Nr. 15 zu melden. Wer mit Ungezeirer befallen ist, wird entlassen. Wer wegen Ansteckungsgefahr ins Lazarett aufgenommen werden muß, wird dort unentgeltlich behandelt und versorgt und erhält dieselben Bezüge wie ein erkrankter Heeresangehöriger. Auch die Familienunterstützungen werden weiter gezahlt. **Dillenburg, den 2. Dezember 1918.** **Die Polizeiverwaltung.**

Verkauf von Unterkleidung. Der unterzeichneten Kreis-Bekleidungsstelle war es gelungen, 10 Zentner zerrissener Wäsche häuslich zu erwerben. Diefelbe ist zu **wärmer Unterkleidung**, vorwiegend für **Kinder von 1-7 Jahren** umgearbeitet worden. Die über 1000 Stück zählenden **Kinderhosen, Knaben- und Mädchen-Höschen** sollen zunächst an die **arme Bevölkerung der drei Kreistädte** gegen geringe Bezahlung abgegeben werden. Eine Herkennung für die Landbevölkerung ist in die Wege geleitet. Schriftliche Anträge mit Angabe der gewünschten Wäscheart sind zu richten für **Dillenburg** an die **Kreis-Bekleidungsstelle, Wilhelmstraße 114, für Herborn und Haiger** an die **Bürgermeistereien** bis zum 4. Dezember. Nach Eingang der **schriftlichen Anträge** erfolgt die Zuteilung an die Antragsteller nach besonderer Bekanntmachung. Eine sofortige Ausgabe erfolgt also noch nicht. **Dillenburg, den 29. November 1918.** **Die Kreis-Bekleidungsstelle.** Dr. C. Bönges.

Aus dem Warenbestande der Kantine 1. 437 werden im ganzen und Einzelnen verkauft: **2500 Pakete Tabak (russ. Feinschnitt), ca. 300 Stück Toiletten- und Rasierseife, Schmutzbürsten (gute Friedensware), Bartbürsten, Zahnbürsten, Bindfaden, gelbe Schuhcreme, Taschenlampen, Bleistifte usw.** **Arbeiter- und Soldatenrat, Dranienstraße 9.**

Guterhaltene **Schuhmacher-Nähmaschine** evtl. ganze Einrichtung zu kaufen gesucht. **Olfo Wagner, Haiger.** **Suhmann** gesucht. **G. Reuhoff.**

Quartierzettel vorrätig in der **Buchdruckerei E. Weidenbach, Dillenburg.** **Ofenrohre** fabriziert und liefert jedes Quantum. **A. Mey, Niederhelden (Siegen).**

Fahrer Heinr. Wagner, Fuhrpark-Kolonie Nr. 60 im Referenz-Lazarett zu Kalibor infolge Lungenentzündung, welche ihn auf dem Rückzug aus Feindesland befallen hat, am 24. Lebensjahr sanft entschlafen. In tiefstem Schmerz namens der Hinterbliebenen: **Frau Luise Wagner geb. Speck und 3 Kinder.** **Haiger, Strahedersbach, Adin-Glauchheim und Hedwigsdorf, den 2. Dezember 1918.** Ach, es ist ja kaum zu fassen, daß du nie mehr kehrt zurück, zu früh mußt du dein Leben lassen, zerstückt ist unser ganzes Glück. Du armes Herz, ruh' still in Frieden, ewig beweint von deinen Lieben!

Todes-Anzeige. Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, daß unser bejenseitiges **Erbchen und Bräutchen Helmut** im zarten Alter von 11 Monaten sanft dem Herrn entschlafen ist. Im Namen der trauernden Hinterbliebenen: **Familie August Wagner.** **Dillenburg, 3. Dezember 1918.** Die Beerdigung findet statt: **Donnerstag, 15. Dezember, nachm. 2 Uhr** von Hirtengasse 22 aus.